Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der CDU-Fraktion „Arbeitspolitisches Landesprogramm effizienter gestalten“, DS 5/7773

Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitsmarktintegration von arbeitslosen Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen durch eine zielgruppenspezifische Förderung

Der Landtag stellt fest:

1. Die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen für öffentlich geförderte Beschäftigung als auch der Mittelansatz des Bundes für Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik sind derzeit unzureichend.
2. Besonders innerhalb des Kreises der langzeitarbeitslosen Menschen gibt es eine Gruppe, die schwerwiegende Vermittlungshemmnisse in Arbeit aufweist. Für diese Menschen sind langfristige, systematisch aufeinander aufbauende Integrationsaktivitäten erforderlich. Ein Baustein kann dabei auch Ersatzbeschäftigung bzw. Beschäftigung im geschützten Bereich sein.
3. Im Entwurf des Operationellen Programms für das Land Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds ist in der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020 als ein Kernziel der Programmstrategie die „Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut“ vorgesehen. Dabei richtet sich der Fokus besonders auf die Zielgruppe der arbeitslosen Menschen mit verfestigten multiplen Vermittlungshemmnissen.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. weiterhin darauf hinzuwirken, dass der Bund

- die im Zuge der Instrumentenreform vorgenommenen inhaltlichen Einschränkungen der Arbeitsförderung, insbesondere bezüglich der Höchstförderungsdauer von zwei Jahren, zurücknimmt und darüber hinaus
- eine grundlegende Reform der Finanzierung von öffentlich geförderter Beschäftigung anstrebt.

Nur so kann dieser Bereich langfristig und bedarfsgerecht abgesichert werden.

2. bei der endgültigen Ausgestaltung des Operationellen Programmes für das Land Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds in der kommenden Förderperiode

- im Rahmen der Prioritätsachse C „Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut“ Förderaktivitäten mit dem Ziel zu entwickeln, arbeitslose Menschen mit verfestigten multiplen Vermittlungshemmnissen durch Stärkung ihrer Kompetenzen und ihrer sozialen Integration dauerhaft in Beschäftigung zu bringen bzw. ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz zu verbessern.
- im Rahmen der Prioritätsachse D „Soziale Innovation“ durch eine Modellprojektförderung die Entwicklung von innovativen Lösungsansätzen zu unterstützen, die die Wiedererlangung der Beschäftigungsfähigkeit von arbeitslosen Menschen mit schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen zum Ziel haben und ihre mittel- bis langfristige Integration in Arbeit. Dies kann auch über marktnahe Ersatzbeschäftigung oder Beschäftigung im geschützten Bereich erfolgen.

Sozialunternehmen sind bei der Programmumsetzung als Partner zu gewinnen. Diese Unternehmen, die arbeitslose Menschen beschäftigen und mit ihnen marktfähige Produkte herstellen bzw. Dienstleistungen anbieten, können einen Beitrag zur Überwindung von verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit leisten. Voraussetzungen für erfolgreiche sozialunternehmerische Strukturen sind tragfähige Geschäftsideen vor Ort, eine direkte Verankerung dieser Unternehmen in den Kommunen sowie das Vorhandensein von SGB II-Förderinstrumenten zur öffentlich geförderten Beschäftigung.

3. zu prüfen, inwiefern auch durch eine fondsübergreifende Förderung die Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitsmarktintegration der Zielgruppe der arbeitslosen Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen verbessert werden kann.

4. bei der Gestaltung des Arbeitspolitischen Landesprogrammes auch künftig

- regionale Entscheidungsträger und Akteure miteinzubeziehen,
- regionalen arbeitsmarktpolitischen Bedarfen sowie den Wirtschaftsstrukturen vor Ort Rechnung zu tragen und
- durch Vorgabe zielgruppenspezifischer Teilnehmerzahlen auf die Bedarfsgerechtigkeit von Maßnahmen Einfluss zu nehmen.

Begründung:

Personen mit multiplen Vermittlungshemmnissen in Arbeit sind oft von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Auch wenn sie formal als erwerbsfähig gelten, ist ihre dauerhafte Integration in Arbeit oft nur unter langfristigem Einsatz verschiedener Instrumente möglich, zu denen auch sozialpädagogische Betreuung oder eine öffentlich geförderte Beschäftigung gehören.

Trotz insgesamt positiver Entwicklung am Arbeitsmarkt ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen 2012 weiter angestiegen und liegt bei 39,6 Prozent. Auch die Verfestigung der Arbeitslosigkeit nimmt zu: 48 Prozent aller Arbeitslosen waren länger als zwei Jahre arbeitslos und 13 Prozent länger als fünf Jahre. Rund 32 Prozent der Langzeitleistungsbezieher lebten 2012 in Bedarfsgemeinschaften mit Kindern. Mit der Dauer der Landzeitarbeitslosigkeit steigt der Anteil der Frauen von 49,7 Prozent auf 55,6 Prozent. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen liegt mit 55 Prozent aller Arbeitslosen in Brandenburg deutlich über den Vergleichswerten für die EU (44,4 Prozent) und Deutschland (45,5 Prozent).

Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit bleiben auch in Zukunft dringliches Handlungsfeld der Arbeitspolitik im Land Brandenburg und damit zugleich wesentliches Element von Armutsbekämpfung.

Eine Grundlage für fondsübergreifende Interventionen mit Hilfe von EU-Fördermitteln ist u. a. dadurch gegeben, dass sich die Ziele der Armutsbekämpfung, Förderung von sozialer Integration und Beschäftigung in der übergeordneten "Europa 2020-Strategie" wiederfinden.

Klaus Ness
für die Fraktion der SPD

Christian Görke
für die Fraktion DIE LINKE